ERSCHEINUNGSORT WIEN/P.B.B./ VERLAGSPOSTÄMTER 1150 WIEN, 2700 WR. NEUSTADT/GZ 02Z033355M NUMMER 7-8-9/2016, 2 EURO

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

1934-1945

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en

Entlarvt die FPÖ

„Der sozialdemokratische Kämpfer" wird nicht müde, über rechtsextreme Vorfälle, Positionen und Funktionäre der FPÖ zu berichten. Unsere Haltung gegenüber der FPÖ ist eindeutig. Für die in der SPÖ zu führende Diskussion über eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen oder nicht, zeigt Gerald Netzl in diesem Artikel, dass die FPÖ nicht die „soziale Heimatpartei" ist, als die sie sich gerne darstellt.

Die FPÖ möchte den Faktor Arbeit über eine Senkung der Lohnnebenkosten entlasten. Welche Lohnnebenkosten sie damit genau meint, lässt sie offen. Es darf spekuliert werden, ob damit der Dienstgeberanteil zur Sozialversicherung (Arbeiter 21,7 % und Angestellte 21,83 % vom Bruttobezug) – dazu zählen die Kranken-, Unfall-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung – oder der IESG-Zuschlag (Zuschlag zum Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz), die Arbeiterkammerumlage und der Wohnbauförderungsbeitrag, die Kommunalsteuer (Gemeindeabgabe in Höhe von 3 % vom Bruttobezug), der Beitrag zur Mitarbeitervorsorgekasse (1,53 % vom Bruttobezug), der Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (kurz DB genannt: 4,5 % vom Bruttobezug) oder der Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag (kurz DZ genannt: je nach Bundesland zwischen 0,36 % und 0,44 %) gemeint ist. Egal um welche Kosten es der FPÖ genau geht, wer Lohnnebenkosten für den Dienstgeber kürzt, streicht damit Sozialleistungen für Beschäftigte.

Die FPÖ lehnt die Mindestsicherung (Grundsicherung) klar ab, weil diese ihrer Meinung nach eine grob ungerechte Form der Umverteilung darstelle und Zuwanderung von ausschließlich an unseren Sozialleistungen interessierten Personen provoziere. Sozialminister Alois Stöger stellte für die SPÖ klar: „Jeder, der einen rechtmäßigen Aufenthalt hat, muss sozial abgesichert werden."

Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Die FPÖ gibt sich gerne als Partei der „kleinen Leute". Doch wenn es um soziale Fragen und den Kampf gegen Steuerbetrug geht, hat die FPÖ im Parlament stets dagegengestimmt

Die FPÖ tritt für eine eigene Sozialversicherung für AusländerInnen ein. Diese Forderung ist nicht nur unsozial sondern auch unökonomisch. Denn MigrantInnen sind sogenannte NettozahlerInnen in der Sozialversicherung. Sie zahlen schon alleine aufgrund ihrer Altersstruktur mehr ein, als sie an Leistungen in Anspruch nehmen. Sie bleiben unterdurchschnittlich lang arbeitslos und nehmen auch die Mindestsicherung seltener in Anspruch als ÖsterreicherInnen. Die eigene „Ausländersozialversicherung" ist daher aus ökonomischer Sicht unsinnig und würde lediglich unnötige Verwaltungskosten produzieren. Es ist naheliegend, dass es der FPÖ bei dieser Forderung nicht um Kosten geht, sondern darum, Sozialleistungen für AusländerInnen einzuschränken also um eine Art Apartheidsystem in der Sozialversicherung.

Die FPÖ fordert eine Anhebung der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze auf 1.000 Euro. Die Umsetzung dieser Forderung würde bedeuten, dass Teilzeitbeschäftigte, die weniger als 1.000 Euro verdienen, nicht mehr sozialversichert sind. Zu den sozialen Problemen, die das verursachen würde, gingen dadurch auch der Sozialversicherung wichtige Einnahmen verloren.

Die FPÖ fordert eine Ausweitung der Nichtbesteuerung von Überstundenzuschlägen, weil sie die „Fleißigen und Tüchtigen" fördern wolle. In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit neue Anreize für mehr Überstunden zu schaffen, ist kontraproduktiv. Die FPÖ möchte neben Kinderbetreuung auch sonstige haushaltsnahe Dienstleistungen bis zu einer Obergrenze von 3.000 Euro steuerlich absetzbar machen. Schon jetzt nutzt die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten nur Gutverdienenden. Was daran sozial sein soll, wenn Gutverdiener in Zukunft nicht nur die Leihoma, sondern auch die Putzfrau von der Steuer absetzen können, ist nicht erklärbar. Es ist weitaus sinnvoller die Mittel, die das kosten würde, in den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zu investieren.

Die FPÖ bekennt sich zum Familiensplitting bei der Einkommenssteuer. Was sie nicht dazu sagt ist, wie sie den dadurch entstandenen Einnahmenausfall bei der Einkommenssteuer kompensieren möchte. Aus sozialen Gesichtspunkten betrachtet ist ein Familiensplitting auch deshalb problematisch, weil es besonders wohlhabenden Haushalten nutzen würde, in denen nur einer (i. d. R. der Mann) verdient. Familiensplitting setzt zudem negative Anreize für Frauenerwerbsarbeit. Die FPÖ ist gegen eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-jährigen. Warum eine Partei, die sich damit brüstet, sich für die „kleinen Leute" einzusetzen, gleichzeitig verhindert, dass deren Kinder bessere Bildungschancen bekommen, lässt sich schwer erklären.

AusländerInnen die arbeitslos werden, sollen ihre Aufenthaltserlaubnis und Beschäftigungsbewilligung verlieren. Das würde sie für den Arbeitgeber völlig erpressbar machen und Lohndumping Tür und Tor öffnen.

Außerdem ist die FPÖ für eine „Diskussion über einen Austritt aus der EU" und eine Volksabstimmung darüber, für eine Erhöhung des Budgetanteils für das Bundesheer auf 1 % des BIP, gegen die Fristenlösung und gegen die Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften. ■

Siegesdenkmal Bozen

1917 wurde damit begonnen für die Gefallenen des in Bozen stationierten II. Regiments der Tiroler Kaiserjäger ein Denkmal zu errichten, das nach Kriegsende nicht vollendet wurde.

Benito Mussolini ließ ab 1926 ein neues Denkmal errichten, ein Zeichen der „Italianität". Nach 1945 war dieses jahrzehntelang umstritten, seit 2014 beherbergt es eine höchst interessante Ausstellung, die den Zeitabschnitt 1918 – 1945 in regionaler und überregionaler Hinsicht in den Blick nimmt und insbesondere den italienischen Faschismus und die Zeit der nationalsozialistischen Besetzung thematisiert.

Erklärtes Ziel des römischen Architekten Marcello Piacentini war es, nichts weniger als das „erste echt faschistische Denkmal" zu errichten. Zu diesem Zweck führte er eine völlig neue Säulenordnung ein – die Liktorensäule als Symbol der faschistischen Staatsmacht. Die Pfeiler des Denkmals wurden als monumentale Rutenbündel mit hervorstehenden Beilklingen gestaltet. Bald wurde das am 12. Juli 1928 eingeweihte Siegesdenkmal (dem zwölften Jahrestag der Hinrichtung Cesare Battistis) zur effektvollen Bühne für zahlreiche öffentliche Veranstaltungen, politische Kundgebungen und propagandistische Feiern. Wenig überraschend wurde das Monument von den italienischen Kriegsveteranen, den faschistischen Parteikadern und der Jugendorganisation („Balilla") sofort ins Herz geschlossen.

Die Annexion der Gebiete südlich des Brenners durch Italien 1918 war der Lohn für dessen Kriegseintritt aufseiten der Entente. Der Brenner rückte so zum Symbol des siegreichen Italiens auf. Umfassende Maßnahmen zur Italianisierung und Faschisierung der Gesellschaft betrafen nach der kurzen liberalen Zeit rasch Verwaltung, Schule, Sprachgebrauch, Ortsnamengebung usw. Nur die katholische Kirche konnte im Rahmen ihrer konfessionell ausgerichteten Schulen und des Religionsunterrichts einige Rückzugsgebiete schaffen.

Für das Nachkriegs-Österreich der 1920er und 1930er Jahre, egal ob demokratisch oder autoritär regiert, und später für Nazi-Deutschland, war die Unterdrückung der Deutschsprachigen und Ladiner in Südtirol ein Problem. Dieses Problem wollten die beiden Diktaturen mit dem Optionsabkommen im Herbst 1939 zur Umsiedlung der Südtiroler ins „Reich" lösen.

Es sollte anders kommen, mit Mussolinis Sturz 1943, der Besetzung Norditaliens durch die Wehrmacht und der Errichtung der Operationszone Alpenvorland wurde Südtirol dem deutschen Machtbereich einverleibt. Innerhalb der beiden Sprachgruppen entstanden jeweils eigene Widerstandsbewegungen. Nach Kriegsende wurden die Südtiroler Hoffnungen auf eine Grenzrevision enttäuscht. Das Gruber-De Gasperi-Abkommen vom 5. September 1946 gab einen Rahmen vor, der die Minderheitenrechte gewährleisten sollte.

Der Blick ins Internet lohnt: www.siegesdenkmal.com

wikimedia/Wolfgang Moroder

Das Denkmal von Osten aus betrachtet

Erratum

Der Fehlerteufel hat mal wieder über das Korrekturlesen gesiegt. Daher dieser kurze Nachtrag zu unserem Artikel über „Verfolgte Abgeordnete der Sozialdemokratie", der auch gleichzeitig eine kleine biographische Beleuchtung sein soll. Der Artikel erschien in der letzten „Kämpfer"-Ausgabe.

Otto Felix Kanitz wurde 1894 in Wien als Sohn eines Hof- und Gerichtsadvokaten geboren. Früh engagierte er sich für die Kinderfreunde und führte zwei ihrer Kinderlager als Kinderrepubliken, in denen die Kinder zur Demokratie erzogen wurden. Von 1932-1934 war er Bundesrat. 1934 flüchtete er nach Brünn, kehrte jedoch zurück und wurde 1938 von der Gestapo als Jude und Mitglied der Revolutionären Sozialisten verhaftet und ins KZ- Buchenwald deportiert. Am 29. März 1940 verstarb er im KZ.

Viktor Stein (nicht König) wurde 1876 in Böhmen geboren und kam nach seinem Studium nach Wien. Er setzte sich vehement für die multinationale Einheit der Freien Gewerkschaften ein und übernahm die Leitung einiger gewerkschaftlicher Zeitschriften, wie z.B. „Arbeit und Wirtschaft". Er war 1923-1932 Mitglied des Wiener Gemeinderates sowie 1926/1927 und 1930-1934 Nationalrat. Im Austrofaschismus wurde er wegen seiner sozialdemokratischen Aktivitäten verhaftet. Von den Nazis wurde er als Sozialdemokrat und Jude 1938 erneut verhaftet. In einem Prozess wegen Hochverrats wurde er freigesprochen, beim Verlassen des Gerichtsgebäudes verhaftet und ins KZ-Sachsenhausen deportiert. Am 28. April 1941 verstarb er im KZ.

Koloman Wallisch, der 1889 in Ungarn geboren wurde, engagierte sich in der ungarischen Rätebewegung und floh zuerst nach Maribor und danach nach Österreich, wo er Gemeinderat in Bruck/Mur, Landesparteisekretär der steirischen SDAP und von 1930-1934 Abg. zum Nationalrat war. Vor allem in Bruck/Mur war er eine zentrale, nicht unumstrittene Leitfigur des Schutzbundes. Nach den Februarkämpfen wurde er am 18. Februar 1934 auf der Flucht verhaftet, verurteilt und am 19. Februar vom austrofaschistischen Regime in Leoben gehängt.

Wir werden die Genossen Kanitz, Stein und Wallisch niemals vergessen!

Die SPÖ heult nicht mit den „Grauen Wölfen“

Christian Deutsch hat für unsere Zeitung die wichtigsten Erkenntnisse des Berichtes der SPÖ-Arbeitsgruppe zum Linzer Kulturverein Avrasya zusammengefasst.

Im März 2015 wandte sich das OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus öffentlich an den Linzer Bürgermeister MMag. Klaus Luger mit der Forderung nach einer klaren Abgrenzung von den rechtsextremen „Grauen Wölfen“. Denn seit Jahren wurde innerhalb wie außerhalb der Sozialdemokratie immer wieder Kritik am Naheverhältnis der Linzer SPÖ-Spitze zum Verein „Avrasya“ laut. In diesem Schreiben, das von 70 Persönlichkeiten breit unterstützt wurde, ist auch an den Beschluss des Bundesparteitages der SPÖ vom November 2014 erinnert worden, dass die SPÖ gegen jede Unterstützung der „Grauen Wölfe“ und ihrer Vorfeldorganisationen sowie gegen jede Zusammenarbeit vorgehen werde.

Das Mauthausen Komitee Österreich fasste in seiner Bundesvorstandssitzung vom 7. April 2015 einstimmig Beschlüsse zur rechtsextremen Bewegung der türkischen „Grauen Wölfe“, die in mehreren österreichischen Städten wie z.B. Wien, Linz, Wels, St. Pölten, Graz, Salzburg, Innsbruck und Bregenz, meist unter der Bezeichnung ATF oder „Avrasya“, aktiv ist. So wurden u.a. alle demokratischen Parteien und Organisationen unmissverständlich aufgefordert, mit den „Grauen Wölfen“ und ihren Vorfeldorganisationen weder zusammenzuarbeiten noch sie in irgendeiner Weise zu unterstützen! Weiters sollten diese vom Verfassungsschutz wieder beobachtet und in den Verfassungsschutzberichten dargestellt werden, wie dies in Deutschland selbstverständlich ist.

Die Bundespartei der SPÖ und ihr Vorsitzender BK Werner Faymann nahmen die Offenen Briefe und zahlreichen Protestschreiben sehr ernst. Und so beschloss der Bundesparteivorstand am 13. Mai 2015 die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die ich in den folgenden Wochen koordinieren durfte.

Dabei stand der Vorwurf der Hetze gegen Armenier, Juden, Kurden und der Verbreitung nationalistischer Ideologie durch Vereinsmitglieder bzw. –funktionäre von „Avrasya“, die Verwendung einschlägiger Symbole wie Wolfsgruß und die drei Halbmonde im Mittelpunkt der Recherchen. Daher sollten folgende konkrete Fragestellungen beleuchtet werden:
Ist die Ideologie des Vereins mit den Werten der SPÖ vereinbar? Ist der Verein ident mit den grauen Wölfen? Sind die Kontakte der SPÖ-Linz Teil eines kritischen Dialogs oder gezielter Opportunismus? Was heißt Zusammenarbeiten und Unterstützen? Gibt es eine Förderung des Vereins durch die SPÖ und/oder die Stadt Linz?

Als alleiniger Experte wurde der Wiener Politikwissenschafter Dr. Thomas Schmidinger, der auch das Buch „Wölfe im Schafspelz“ verfasst hat nominiert.

Dieser wies darauf hin, dass die Europastruktur der grauen Wölfe nicht national organisiert ist, sondern in Form einer großen Diasporaorganisation. Thema sind nicht die Vereine allein, sondern vor allem auch das Mileau um die Vereine herum. Die grauen Wölfe sind heute nicht mehr wie in den 70er Jahren im terroristischen Mileau zu finden, unverändert ist jedoch das Bekenntnis zum völkischen Nationalismus.

ATF (Avusturya Türk Federasyon) ist der Dachverband der MHP-Vereine, die es in ganz Österreich gibt. MHP („Partei der Nationalistischen Bewegung“) als parlamentarischer Flügel des türkischen Parlamentarismus ist eine rechtsextreme Partei. Die Vereine in Österreich sind Kulturvereine. Ein türkisches Gesetz verbietet, dass Parteien Auslandsorganisationen gründen und finanzieren. Keine Partei verfügt offiziell über einen Auslandsverein. Es ist daher die europaweite Strategie der „Grauen Wölfe“ sich in nur scheinbar harmlosen Kultur- und Freizeitvereinen zu organisieren und demokratische Parteien zu unterwandern.

Eine weitgehende Solidarität der Sozialdemokratie mit MigrantInnengruppen hat dabei oftmals außer acht gelassen, dass auch deren Ideologie mitintegriert wurde, die auch weitergelebt und verbreitet wurde. Viele Vereine tragen einen „Rucksack“ aus der Zeitgeschichte ihrer Herkunftsländer mit sich. Anton Pelinka nannte es einmal „das verschlampte Verhältnis der Österreicher zur Rechtsextremismus-Debatte“, heute stellt sich die Frage des Umgangs mit dem Phänomen des migrantischen Rechtsextremismus. Viele Migrantenvereine sind geprägt von starkem Nationalismus.

Im Bericht wird auch festgehalten, dass das Interesse von Kommunen aber über die Interessen einer Partei hinausgehen muss. Im Sinne eines friedlichen und achtsamen Zusammenlebens in einer Gemeinde, in einem Bezirk, in einer Stadt sind Kontakte politischer Mandatare zu MigrantInnengruppe bzw. deren Einbeziehung in Integrationsbeiräte wie am Beispiel Linz Möglichkeiten, um damit auch die Mitverantwortung der Vereine zu betonen.

Ein kritischer Dialog soll nicht verweigert werden. Dadurch entsteht erst auch die Chance Verantwortung der Vereine einzufordern und eine Distanzierung von rechtsextremen Äußerungen oder Facebook-Eintragungen einzelner Funktionäre zu verlangen. Dies gilt es im Verein zu thematisieren, zu bearbeiten und damit in der Praxis auch zu leben. Eine Distanzierung, eine öffentliche Abgrenzung des Vereins von den grauen Wölfen muss eingefordert werden, um Klarheit zu schaffen. Denn es ist Aufgabe der Integrationspolitik mit allen Akteuren im Gespräch zu bleiben, sich dabei auch der besonderen Umstände bewusst zu sein und in einen kritischen Dialog zu treten. Eine Stadtverwaltung muss mit Migrantenvereinen Gespräche führen, aber bei Förderungen von Kulturveranstaltungen auch genau hinsehen, was gefördert wird.

Conclusio: Bei Avrasya Linz handelt es sich nicht nur um eine Organisation mit bloßer rechtsextremer Vergangenheit. Der Verein ist bis heute den rechtsextremen Grauen Wölfen zuzurechnen, deren Ideologie weder mit liberalen, noch mit sozialdemokratischen Werten vereinbar ist.

Wenn es von Seiten des Vereins keine glaubhafte Distanzierung von den grauen Wölfen gibt, sollte von Seiten der Stadt auf jede Unterstützung verzichtet werden. Der Verein ist gefordert, selbst für eine klare inhaltliche Positionierung zu sorgen.

Der Landesparteivorstand nahm in seiner Klausur am 12.12.2015 den vorliegenden Bericht zur Kenntnis und respektierte die darin zum Ausdruck gebrachten Einschätzungen. Und am 15.01.2016 hat der SPÖ Bundesparteivorstand den Bericht samt Empfehlungen ebenfalls einstimmig zur Kenntnis genommen. Ein besonderer Dank ergeht an alle GesprächsteilnehmerInnen, die wesentlich zur Entstehung des Berichtes beigetragen haben. ■

Bernburg

Für uns sozialdemokratische Freiheitskämpfer/innen ist Bernburg von Bedeutung, weil unsere Käthe Leichter (20.8.1895-17.3.1942) zu den etwa 5.000 dort ermordeten KZlerInnen zählt.

Die Tötungsanstalt Bernburg befand sich in einem abgetrennten Teil der Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Bernburg an der Saale (Sachsen-Anhalt) und war eine „Euthanasie"-Anstalt der so genannten Aktion T4

In Bernburg an der Saale befand sich eine der sechs „Euthanasie"-Anstalten (weiters Grafeneck, Brandenburg/Havel, Pirna-Sonnenstein, Hadamar und Hartheim), in denen in der Zeit des Nationalsozialismus kranke und behinderte Menschen sowie Häftlinge aus Konzentrationslagern getötet wurden. Der Raum der ehemaligen Gaskammer im Keller bildet heute den Kernbereich der Gedenkstätte für die Opfer dieser Mordaktionen.

1982 wurde ein Teil der Kellerräume der ehemaligen Landes-Heil- und Pflegeanstalt (heute Fachklinikum für Psychiatrie) zu einer kleinen, bescheidenen Gedenkstätte umgestaltet. Sie bezeichnete den Beginn einer ernsthaften Aufarbeitung der mehr als 9.000 Morde an kranken und behinderten Menschen durch MitarbeiterInnen des Krankenhauses.

Nach einer denkmalpflegerischen Untersuchung begann ab 1988 die Neugestaltung als Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie". Im Mittelpunkt stehen heute die baulichen Reste der Vernichtungsanlage, ergänzt durch eine Ausstellung über nationalsozialistische Zwangssterilisation, „Euthanasie" und „Sonderbehandlung 14f13" in Bernburg. Die Ziffern- und Buchstabenkombination aus dem SS-Einheitsaktenplan setzt sich zusammen aus „14" für den Inspekteur der Konzentrationslager, dem „f" für Todesfälle und „13" für die Todesart; hier also für die Tötung durch Gas in den Tötungsanstalten der T4-Organisation (natürliche Todesfälle wurden mit dem Aktenzeichen „14f1", Freitod oder Tod durch Unglücksfall mit „14f2", Erschießen auf der Flucht mit „14f3" bezeichnet usw.).

Die Gedenkstätte wird heute überwiegend von Gruppen besucht, darunter viele Kranken- und Altenpflegeschulen. Die Arbeit der Gedenkstätte ist geprägt von einem aktiven Gedenken, das durch die Vermittlung von Sachinformationen den BesucherInnen helfen soll, Wege zu eigenen Erkenntnissen zu finden. Im Mittelpunkt stehen Kontinuitätslinien in der Ausgrenzung sozialer Randgruppen von 1900 bis zur Gegenwart und das ihnen zugrunde liegende Gedankengut sowie die Auseinandersetzung damit, wie Menschen unter bestimmten Bedingungen zu Tätern werden.

Der Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim in Oberösterreich bietet jeweils am zweiten Sonntag im Monat öffentliche Begleitungen an. In dem geführten Rundgang durch die Ausstellung „Wert des Lebens" und die Gedenkstätte werden die wichtigsten Informationen zum Ort vermittelt.
Nähere Informationen unter www.schloss-hartheim.at

Fast vergessene Helden

Alexander Neunherz zeigt in seinem Artikel, wie lange und umkämpft der Weg der Würdigung der Goldegger Wehrmachtsdeserteure war.

Im Jahre 1943 in Goldegg, Ortschaft Weng: Sechs junge Männer beschließen, aus ihren Fronturlauben nicht mehr zur Wehrmacht zurückzukehren. Sie lehnen das sinnlose Morden in einem noch sinnloseren Krieg ab. Sie heißen Karl Rupitsch, Gustl Egger, Georg Kößner, Franz Unterkirchner, Richard Pfeiffenberger und Peter Ottino.

Monate später bricht der Terror über das beschauliche Dorf herein. Gestapo, SS und Gendarmerie durchkämmen am 2. Juli 1944 Höfe, Ställe und die angrenzenden Wälder. Die Nazi-Schergen töten 14 Menschen und verschleppen weitere 20 in Konzentrationslager.

Umkämpfter Erinnerungsort für die ermordeten Goldegger Deserteure

Dem Salzburger Historiker Michael Mooslechner ist es zu verdanken, dass die Geschehnisse der Aktion „Sturm" nicht in Vergessenheit geraten sind:

„Beim Unterdorf wurden die unbeteiligten Söhne Alois und Simon Hochleitner von der Gestapo meuchlings ermordet. Peter Ottino fiel im Kampf mit der SS, Karl Rupitsch und Gustl Egger wurden im Oktober 1944 im KZ Mauthausen erhängt, Georg Kößner noch im März 1945 in Glanegg erschossen. Richard Pfeiffenberger fiel in einer Strafkompanie. Nur Franz Unterkirchner und Sebastian Bürgler, der bereits vor Karl Rupitsch desertiert war, überlebten."

Nach dem Krieg wurden Deserteure wie jene in Goldegg keinesfalls als Helden gefeiert, sondern vielmehr als „Verräter" und „Feiglinge" diffamiert. Sie mussten sich massive Vorwürfe gefallen lassen und wurden als „Vaterlandsverräter" beschimpft.

Das Umdenken in Österreich kam spät, beschämend spät. Die Opferthese machte das Verleugnen und Rechtfertigen einfacher. Erst die NS-Vergangenheit von Kurt Waldheim brach im Jahr 1986 diese einseitige Debattenkultur auf. Die Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz blieben aber nach wie vor im gesellschaftlichen Randbereich.

Es sollte ein weiteres Jahrzehnt vergehen, bis am Mythos der „sauberen Wehrmacht" gerüttelt werden konnte. Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" führte schließlich zu diesem Perspektivenwechsel.

Im Jahr 1999 nahm die Debatte über die Rolle der Wehrmachtsdeserteure auch in Österreich an Fahrt auf, erste Urteilsaufhebungen wurden erwirkt. Zehn Jahre später wurde dann auch die pauschale Aufhebung aller Unrechtsurteile beschlossen.

In Goldegg kämpfte Brigitte Höfert, die Tochter von Karl Rupitsch, lange für einen Erinnerungsort für die ermordeten Deserteure. Hilfe bekam sie vom engagierten Historiker Michael Mooslechner und weiteren Freund_innen. Im Sommer 2014 wurde schließlich ein Gedenkstein verlegt – auf privatem Grund. Die Gemeinde Goldegg verweigerte die Zusammenarbeit.

Rund 70 Jahre mussten bis zu dieser Würdigung vergehen, eine beschämend lange Zeit. Aber nun ist er da, dieser Gedenkort und das unwiderruflich. Und das ist auch gut so.

Wir gratulieren: Juli bis September 2016

97. Geburtstag: Scholz Gertrude, Graz; Heidmeier Franz, Wolkersdorf; **96. Geburtstag:** Weiss Franz, Steyr; Zlesak Josef; Klammerth Horst, Kredba Leopoldine, Wondratsch Hildegard, Wien; **94. Geburtstag:** Kaplan Johann, Kölnberger Walther, Wien; **93. Geburtstag:** Quast Elfrieda, Gmünd; Berger Rosa, Salzburg; Höfer Bibiane,Tragöss-Sankt Katharein; Bergmann Frieda, Reiss Annemarie, Wien; **92. Geburtstag:** Rotpart Theresia, Linz; Janecek Margarete, Wiener Neustadt; Kronewitter Wilhelm, Zell Am See; **91. Geburtstag:** Ehmann Franz, Haid; Weiss Erich, Neufeld/Leitha; Krenn Erika, Scharinger Gertrude, Spevak Anna, Schmidt Wilhelmine, Wien; **90. Geburtstag:** Maier Raimund, Graz; Foidl Jakob, Linz; Rechnitzer Hilda, Purkersdorf; Cettl Hedwig, Fenninger Margaretha, Guth Johann, Packert Walter, Wien; **85. Geburtstag:** Loidolt Franz, Perchtoldsdorf; Hörtner Rosi, Meyer Maria, Muzyczyn Edith, Ostry Gertrude, Seibezeder Steffi, Wien; **80. Geburtstag:** König Peter, Alt-Nagelberg; Andexlinger Josef, Linz; Sparer Isidor, St.Pölten; Bauer Elisabeth, Bernthaler Anna, Heindl Kurt, Pimassl Robert, Reviczky Günther-Bernhard, Schmidt Franz, Zach Franz, Wien; **75. Geburtstag:** Keusch Eduard, Böhlerwerk; Freismuth Alfred, Eichgraben; Ficker Elisabeth, Eisenstadt; Puhm Georg, Hirm; Herold Roland Peter, Kaumberg; Alfanz Ferdinand, Landl; Königsberger Helmut, Mödling; Duda Manfred,Moosbrunn; Plessl Anton, Perchtoldsdorf; Reiterer Hannelore, Ternitz-Pottschach; Baldermann Josef, Bernkopf Elfriede, Haidler Elisabeth, Hradil Alfred, Hronicek Johanna, Judmann Johann; Lehner Peter Ulrich, Ludl Bruno, Riahi Susanna, Sramek Heinz, Wien

So weit uns Spaniens Hoffnung trug

Die sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen Tirols und das Renner-Institut präsentierten ein 2016 von Erich Hackl herausgegebene Anthologie zum Spanischen BürgerInnenkrieg.

Vor 80 Jahren begann der Spanische Bürgerkrieg, der im Frühjahr 1939 durch den Sieg der faschistischen Truppen in das Franco-Regime mündete, das bis 1975 diktatorisch geführt wurde. Dieser Bürgerkrieg zeichnet sich durch seine spezielle internationale Dimension aus: Nicht nur die faschistischen Staaten unterstützten Franco mit Geld, Waffen und Truppen – linke Kämpferinnen und Kämpfer aus der ganzen Welt zogen nach Spanien, um dort die Freiheit zu verteidigen.

Kaum ein Bürgerkrieg brachte so viele künstlerische und insbesondere literarische Werke hervor, wie der spanische. Erich Hackl, der u.a. mit Hans Landauer das Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer herausbrachte, beschäftigt sich seit Langem mit diesem Thema und brachte 2016 eine Anthologie mit dem Titel „So weit uns Spaniens Hoffnung trug" heraus. Die Tiroler Freiheitskämpfer/innen und das Renner-Institut präsentierten dieses Werk gemeinsam mit Erich Hackl im Innsbrucker Treibhaus am 5. Juli. Umrandet wurde die Veranstaltung von „La Banda", die „Mamita mia – vier noble Generale" und „El Gallo Rojo" sangen.

Die Innsbrucker Gemeinderätin Sophia Reisecker, die die Veranstaltung moderierte, und Erich Hackl diskutierten im Anschluss an die Lesung über historische und aktuelle Fragen. Als Zweck der Anthologie erklärte der Autor, dass die heutige Generation abgeschnitten von den historischen Erfahrungen sei und es ihm wichtig ist, diese Eindrücke, die nur mehr wenige ZeitzeugInnen wiedergeben können, zu teilen.

Zu diesen Eindrücken gehört etwa der Kampf, der Krieg an sich. Hanns-Erich Kaminski schrieb in „Die Fremdenlegion der Revolution": „Nein, der Krieg darf nicht beschönigt werden, selbst wenn er wirklich für die höchsten Ideale geführt wird, selbst wenn er geführt werden muß. Männer und Jungen, Frauen und Mädchen gehen an die Front – es ist schrecklich. Sie sind alle gegen den Krieg, das zeigt sich mir noch in diesen letzten Minuten, bevor der Zug den Bahnhof verläßt. Und doch wollen sie kämpfen".

Erich Hackl will aber auch klare antifaschistische Botschaften senden. Bewusst hat er keine literarischen Werke von Franco-Kämpfern verarbeitet – die Ideologie der Menschenverachtung hat für ihn keinen Platz in seiner Anthologie. Er sieht auch Parallelen zwischen der politischen Situation 1936 und heute. Damals erlangte die linke Volksfront eine knappe Mehrheit – bei den spanischen Wahlen 2015 und 2016 zeigt sich aber genauso der immer noch bestehende große rechts-konservative Block. Die anarchistischen SpanierInnen ließen sich bei den letzten Wahlen ähnlich schwer zu den Wahlurnen bewegen wie vor 80 Jahren.

Am Ende appellierte Sophia Reisecker an das Publikum, die Herausforderung der Lektüre von „So weit uns Spaniens Hoffnung trug" anzunehmen. Unter dem Motto „Schreiben gegen den Faschismus" hat sich Hackl nämlich der Aufgabe gestellt, „Leserinnen, Leser so weit zu erschüttern, daß sich ihre Gleichgültigkeit in Mitleid, ihr Mitleid in Solidarität, ihre Solidarität in Aktion verwandelt". ■

Erich Hackl (Herausgeber): So weit uns Spaniens Hoffnung trug. Erzählungen und Berichte aus dem Spanischen Bürgerkrieg, Rotpunktverlag, 2016, ISBN ISBN 978-3-858-69686-1, 400 Seiten, € 25,00

[1] Hanns-Erich Kaminski: „Die Fremdenlegion der Revolution"; in: Erich Hackl (Hrsg.): „So weit uns Spaniens Hoffnung trug. Erzählungen und Berichte aus dem Spanischen Bürgerkrieg"; Rotpunkverlag, Zürich 2016; S. 60

[2] Erich Hackl (Hrsg.): „So weit uns Spaniens Hoffnung trug. Erzählungen und Berichte aus dem Spanischen Bürgerkrieg"; Rotpunkverlag, Zürich 2016; S. 10

Bildungsreise nach Kärnten und Slowenien

Alfred Kohlbacher berichtet über die Antifaschistische Bildungsreise von 10. bis 12. Juni in unser südlichstes Bundesland und in die Nachbarrepublik Slowenien – für die ARGE der NS-Opferverbände organisiert und geleitet von den Freiheitskämpfer/innen.

Die ReiseteilnehmerInnen aus der ÖVP-Kameradschaft, dem KZ-Verband und den Freiheitskämpfern besuchten mehrere Gedenkstätten für Oper des NS-Terrors, nahmen an der Internationalen Gedenkveranstaltung beim ehemaligen KZ-Loibl Nord teil und besuchten in Eisenkappel das Partisanenmuseum sowie die Gedenkstätte Persmannhof. In Slowenien bekamen sie Informationen bei einer antifaschistischen Stadtführung in Kranj/Krain.

Im Klagenfurter Stadtteil Lendorf besuchte die Gruppe die Khevenhüller-Kaserne, die kurz nach dem Einmarsch der Hitlerwehrmacht in Österreich als SS-Unterkunft und –Zentrale für die SS-Division „Das Reich"erbaut und als SS-Junkerschule genutzt wurde. 1943 wurde auf dem Kasernengelände das KZ-Lendorf, ein Aussenlager des KZ-Mauthausen, errichtet. Kommandant war SS-Hauptsturmführer Konradi, ein Österreicher. Die 80 bis 100 KZ-Häftlinge aus 10 Nationen mussten u.a. Baracken und Unterkünfte für SS-Junker und Pferde, zwei Luftschutzstollen, einen Feuerlöschteich und ein Schwimmbad errichten. Zudem wurden sie nach alliierten Bombenangriffen zur Räumung von Schutt und zu Ausbesserungsarbeiten eingesetzt. Dem früheren Bundesminister Norbert Darabosch ist zu verdanken, dass Ende 2007 neben dem Eingang in die Bundesheerkaserne zur Erinnerung an das ehemalige KZ-Aussenlager eine Gedenktafel angebracht wurde.

Der Vorsitzende der Freiheitskämpfer Kärntens, Prof. Vinzenz Jobst führte die Gruppe zum 2003 neu gestalteten Denkmal „Den Opfern für ein freies Österreichs 1938-1945" im Friedhof Annabichl. Auf mehreren Glastafeln sind 1.000 Namen von gefallenen und ermordeten WiderstandskämpferInnen und PartisanInnen, Opfern der Euthanasie, verfolgten und ermordeten Juden, ausgesiedelten und in Lagern getöteten SlowenInnen und von umgekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen verzeichnet. Der „Verein Memorial Kärnten/Koroska" hat bisher mehr als 2.400 Opfer ausgeforscht. Die Namen der fehlenden Opfer werden auf einer Zusatztafel angebracht werden. Bei der Neugestaltung des Denkmals wurde auf das vom Künstler Valentin Oman früher geschaffene Denkmal besondere Rücksicht genommen. Die Gruppe legte hier im Gedenken an die Opfer einen Kranzder ARGE-Opferverbände nieder.

Die Internationale Gedenkkundgebung auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Loibl Nord war besonders eindrucksvoll. Vorher legten die verschiedenen Delegationen aus Slowenien, Frankreich, Polen und Österreich beim Nordportal des Loibl-Tunnels Kränze nieder, darunter auch ein Kranz der Opferverbände. Die Kundgebung wurde von Prof. Peter Gstettner in bewährter Weise organisiert und mit einer Rede eröffnet, in der er endlich die Errichtung eines würdigen Denkmals einforderte. Landeshauptmann Peter Kaiser richtete mahnende Worte an die zahlreichen TeilnehmerInnen, Willi Mernyi (Mauthausenkomitee) warnte unter Bezugnahme auf die Aufmärsche der Identitären vor einer weiteren Zunahme des Rechtsextremismus, ebenso Daniel Simon (Amicale de Mauthausen, Paris), der den Vormarsch der europäischen Rechtradikalen als alarmierend bezeichnete. Der ehemalige KZ-Häftling Dusan Stefancic, der sechs Konzentrationslager überlebte, berichtete über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitssklaven. Die eindrucksvolle Gedenkrede hielt der erste Staatspräsident Sloweniens Milan Kucan, in der er mit dem aufflammenden Nationalismus abrechnete. Zwei junge Männer, die in verschiedenen Gedenkstätten im Ausland (Yad Vaschem und Auschwitz) Gedenkdienst leisteten, versprachen, für die Jugend Österreichs wachsam zu sein und den Anfängen zu wehren. Zur Veranstaltung sang der Frauenchor Roz aus St. Jakob im Rosental/Sent Jakub v Rozu Partisanenlieder.

Anschließend besuchte die Gruppe den ehemaligen Bergbauernhof Persman, in dem ein Museum über die Verfolgung und Vertreibung der Kärntner Slowenen, über den Partisanenkampf der Kärntner Slowenen und über das SS-Massaker am 25.April 1945, bei dem vier Erwachsene und sieben Kinder, allesamt Angehörige der Familien Sadovnik und Kogoj, brutal ermordet wurden. Die Freiheitskämpfer/innen hatten zur Neugestaltung des Museums einen Förderungsbetrag beigesteuert. Unsere Gruppe legte beim Partisanendenkmal einen Kranz nieder. Das Denkmal, das 1947 vom Verband Kärntner Partisanen in Völkermarkt errichtet und 1953 von „Unbekannten" gesprengt wurde, bekam nach seiner Restaurierung einen würdigen Standort beim Persmanhof

In Kranj/Krain führte der ehemalige Bürgermeister der Stadt die Gruppe auf einem antifaschistischen Spaziergang durch die Stadt und erläuterte markante Ereignisse während der Nazi-Okkupation. Im France Preseren-Park, benannt nach dem bedeutendsten slowenischen Dichter (1800-1849), besuchten wir ein Denkmal für slowenische Freiheitskämpfer, die bereits 1930 von italienischen Mussolini-Faschisten ermordet wurden.

Auf der Rückreise nach Wien konnte die Gruppe noch das eindrucksvolle slowenische Denkmal auf dem Areal des ehemaligen KZ-Loibl Süd besichtigen, das bereits 1947 errichtet wurde. Dies ermöglichte einen Vergleich zu ziehen zu den rudimentären Ansätzen für ein Denkmal auf der Kärntner Seite des Loibl-Tunnels. Jahrelang hat die Kärntner Landespolitik die Existenz des KZ-Loibl Nord verdrängt und verschwiegen. Erst durch die unermüdlichen Bemühungen durch Prof. Gstettner und mit dem politischen Wandel im Land besteht nun die Zusage des Landeshauptmanns Kaiser, die Errichtung eines Denkmals in Angriff zu nehmen.

Die TeilnehmerInnen an der Bildungsreise zeigten sich von der professionellen Organisation der Reise und den erhaltenen Informationen während der Busfahrt und vor Ort beeindruckt. Dank gebührt auch unseren Kärntner Freunden, die zum Gelingen der Reise wesentlich beigetragen haben. Leider fiel der Schatten der gewalttätigen Störaktion einer Vorlesung in der Universität Klagenfurt durch eine Gruppe von 10 Männern der rechtsextremen Identitären auf die Reise. Die Männer brüllten rassistische und ausländerfeindliche Parolen in den Hörsaal. Uni-Rektor Oliver Vitouch forderte die Männer auf, den Saal zu verlassen. Einer der Männer verpasste ihm einen Faustschlag in die Magengrube. Dieser Gewaltakt sollte alle AntifaschistInnen aufrufen, die Rechtradikalen mit ihren Hassparolen und Gewaltakten in die Schranken zu verweisen, bevor es zu spät ist. Daher: Wehret den Anfängen, verteidigen wir Freiheit und Demokratie.

Ein Gedenkbuch für die Toten des KZ Mauthausen

Andreas Kranebitter, Politikwissenschaftler und Soziologe, stellt in seinem Gastbeitrag das neu erschienene Gedenkbuch für die Toten des KZ Mauthausen vor. Das Projekt wurde vom Verein für Gedenken und Geschichtsforschung in österreichischen KZ-Gedenkstätten in Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Mauthausen umgesetzt.

„Hans hat mich wieder abgeholt. Es ist so richtig ernst mit uns!! Gott, wie sehr liebe ich ihn. Auch wenn ich erst 17 Jahre bin, weiß ich, dass ich Hans so liebe wie man nur einmal jemanden liebt."

Es ist Samstag, der 7. Juni 1941, als Annie Cohen diese Zeilen in ihr Amsterdamer Tagebuch schreibt. Deutschland hatte vor etwa einem Jahr die Niederlande besetzt, doch das Leben ging weiter. Die Liebesgeschichte zwischen Annie und Hans findet in der Schule und im Tanzcafé, beim Radfahren und Teetrinken statt. Sie endet abrupt – bereits vier Tage nach ihrer knappen Notiz –, als Hans mit 275 jüdischen Männern in einer Razzia von der Straße weg verhaftet und ins KZ Mauthausen deportiert wird. Annie schöpft Hoffnung, als sie nach Wochen ein erster Brief von dort erreicht. „Ein vierseitiger Brief von Hans aus Mauthausen angekommen, er ist gesund, es geht ihm gut. Ich hoffe, dass es so bleibt. Er nennt in dem Brief drei Mal meinen Namen, er vergisst mich also nicht!" Doch bald dominieren Angst, Sorge und Ohnmacht Annies Tagebucheinträge. „Ich bin schrecklich beunruhigt, wer ist der nächste? Wann wird es endlich wieder gut?" Bis zum 15. Oktober. „Heute die entsetzliche Nachricht gehört, dass Hans auf der Totenliste steht und am 23. September gestorben ist. Ich bin völlig erledigt. Zu seinen Eltern gegangen. Es geht ihnen so schlecht, dass ich nicht einmal zu ihnen durfte. Gott, warum das alles?"

Die Lebensgeschichte von Hans Miers, geboren am 1. Dezember 1922 in Berlin, ist eine von über 90.000 Lebensgeschichten, die im KZ Mauthausen gewaltsam zu Ende gingen. Die Hälfte der etwa 190.000 Menschen, die zwischen August 1938 und Mai 1945 in diesen KZ-Komplex aus Stamm-, Zweig- und über 40 Außenlagern deportiert wurden, wurde hier ermordet oder starb an den Folgen der Haft. Diese Zahl ist unvorstellbar und muss erst in andere Größen übersetzt werden, um ungefähre Ahnungen von den Verbrechen in einem KZ-Komplex wie Mauthausen zu vermitteln. Etwa in 100 Quadratmeter, die die nur mit Namen beschriebenen Glastafeln im „Raum der Namen" der KZ-Gedenkstätte Mauthausen umfassen, und in 1.668 eng beschriebene Seiten im nun erschienenen Gedenkbuch für die Toten des KZ Mauthausen und seiner Außenlager.

Ein zentrales Ziel dieses Projekts bestand darin, die Namen der Toten des KZ Mauthausen und seiner Außenlager zu nennen. 84.270 Namen und Lebensdaten, die nach jahre- und jahrzehntelanger Arbeit der Gedenkstätte identifiziert werden konnten – von tausenden Toten wird der Name nie gefunden werden können –, füllen zwei Bände. Da die Lager-SS diese Namen durch Eindeutschungen bis zur Unkenntlichkeit entstellt hatte, wurden sie mit Hilfe von 30 Botschaften und anderen Partnerinstitutionen in den verschiedensten Sprachen korrigiert. Die Nennung der Namen hinter den Nummern und ihre Präsentation in würdevoller Weise ermöglicht die Suche nach ihnen. Diese Suche ist heute nur möglich, weil zahlreiche Häftlinge unter großen Gefahren den Befehl der SS verweigert hatten, die Dokumente zu verbrennen, die die Verbrechen bezeugen.

71 Jahre nach der Befreiung des KZ Mauthausen weiß man dank umfassender historischer Forschung vieles über dieses Lager. Geschichtsforschung basiert allerdings zu einem großen Teil auf Täterdokumenten und den Berichten der Überlebenden. Erstaunlich wenig ist über die Toten bekannt, über die schweigende Mehrheit der Konzentrationslager. Es sind Geschichten wie jene von Hans Miers, die von den damals hinterlassenen und seither immer offen gebliebenen Wunden zeugen, die oft erst heute erzählt werden können oder erzählt werden wollen – weil sie das Intimste sind, das Überlebende und Angehörige erzählen können.

Geschichten wie jene des sowjetischen Zwangsarbeiters Luka Jakowlewitsch Schuschkewitsch, dessen Familie erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs davon erfuhr, dass er im Februar 1945 im KZ Mauthausen ermordet wurde; wie jene des Italieners Ernesto Venegoni, von dessen Tod die Familie aus einem Brief seines Freundes zwar schon 1946 erfuhr, aber bis heute nicht sprechen konnte – „reading the letter for the umpteenth time, I cried", schrieb uns Venegonis Enkel.

Der dritte Band des Gedenkbuchs versammelt neben wissenschaftlichen Artikeln auch 308 Biografien von Verstorbenen – eine kleine Auswahl aus unglaublichen 1.847 Texten, die der KZ-Gedenkstätte Mauthausen nach einem allgemeinen Aufruf zur Mitarbeit in wenigen Monaten geschickt wurden. 274 Überlebende, Angehörige, SchriftstellerInnen, WissenschaftlerInnen oder AktivistInnen haben sich beteiligt, der älteste 1923, der jüngste 1997 geboren. Das Projekt fällt in eine Zeit, in der sich das Bedürfnis der „letzten Zeugen", an ihre verstorbenen KameradInnen zu erinnern, mit dem Bedürfnis zahlloser Nachkommen verbindet, endlich ihre Familiengeschichten zu kennen.

Die breite Partizipation zeigt, dass nicht nur ein ungebrochenes, sondern ein verstärktes Bedürfnis nach einem Raum vorhanden ist, in dem der Opfer des Konzentrationslagers Mauthausen gedacht werden kann. Die heute vorhandenen technischen Mittel ermöglichen die Umsetzung dieses Bedürfnisses problemlos – daher wurde parallel zur Buch-Edition eine Online-Edition des Projektes eingerichtet (www.gedenkstaetten.at/ram-der-namen), die die permanente Ergänzbarkeit der Namen und Geschichten ermöglicht. Partizipation und webbasierte Umsetzung verhindern, dass ein Denkmal zu Abschluss und Schlussstrich wird. ■

Ein zentrales Ziel dieses Projekts bestand darin, die Namen der Toten des KZ Mauthausen und seiner Außenlager zu nennen

Erinnerungspolitiken in Wien

Ein Projekt an der Universität Wien erforscht die Erinnerungslandschaften Wiens.

Gastautor Mathias Lichtenwagner ist Teil des Teams und erläutert im folgenden Beitrag die wichtigsten Eckpunkte dieser Forschung.

Seit Jänner 2014 erforscht das Projekt „Politics of Remembrance and the Transition of Public Spaces. A Political and Social Analysis of Vienna, 1995-2015" am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien die Wiener Erinnerungskultur. Ausgelobt und maßgeblich vom Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds (WWTF) getragen, zusätzlich gefördert vom Nationalfonds und geleitet von Walter Manoschek und Peter Pirker, wird das Projekt Ende 2016 abgeschlossen.

Das Projekt nahm jene Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum der Stadt Wien in den Blick, welche an die politische Gewalt des Nationalsozialismus und des Austrofaschismus erinnern. Obzwar die Analyse und Beschreibung auf den Zeitraum 1995-2015 fokussiert, war eine Erhebung aller Erinnerungszeichen der Jahrzehnte nach 1945 notwendig. Es liegt nun eine digitale Datenbank mit über 2000 Objekten vor, darunter Dauerausstellungen, Gedenktafeln, Mahnmale, Zusatztafeln zu Straßennamen, erläuternde Tafeln in Parks und Gemeindebauten, usw. Im mancherlei Hinsicht ist die Projekt-Datenbank eine Aktualisierung und Fortführung älterer Dokumentationen von Erinnerungsaktivitäten in Wien (allen voran: DÖW: Gedenken und Mahnen). Die systematische Erfassung von Daten zu Orten, Zeitpunkten der Errichtung, Verlegung, Veränderung und gegebenenfalls Entfernung, zu Themensetzungen und Widmungen, zu Formen, Geschlecht, Sprache und StifterInnen erlaubt aber erstmals eine empirisch fundierte Analyse der Erinnerungspolitik in Wien.

Detaillierte Untersuchung von Fallbeispielen…

Neben einer Vollerhebung aller relevanten Erinnerungszeichen seit 1945 wurden politische und soziale Prozesse zur Errichtung und Nutzung für einige jüngere Denkmäler im Detail und aus der Perspektive verschiedener Disziplinen untersucht. Dazu gehören unter anderem das Shoah-Mahnmal am Judenplatz, das Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz am Ballhausplatz, die „Gruppe 40", die Transformation des „Österreichischen Heldendenkmals" oder das (nicht errichtete) Denkmal für die homosexuellen NS-Opfer. So ließen sich für die Denkmäler Nutzungsarten und -frequenzen genauso erheben wie soziale Involvierungen von AnwohnerInnen, umliegenden Vereinen, ZeitzeugInnen, Angehörigen von Verfolgten und WiderstandskämpferInnen. Ebenso wurden für diese Fallbeispiele die genauen politischen Prozesse erhoben – von der Idee und Forderung, zu historischer Recherche und politischer Unterstützung oder Gegnerschaft bis hin zur Beteiligung an Eröffnung und Vermittlung oder eben des Scheiterns der Umsetzung.

…und interaktive Darstellung über Karten.

Da von jedem der über 2000 erhobenen Erinnerungszeichen auch eine Georeferenz erhoben worden ist, lassen sich alle Erinnerungszeichen durch mapping in interaktiven Karten darstellen. Dadurch wird es möglich, verschiedene Ebenen von Informationen miteinander zu verknüpfen, etwa die Errichtungszeitpunkte mit den Themen, erinnerten Personengruppen und der Verteilung im Stadtraum. Ersichtlich werden daraus nicht nur verschiedene Phasen der Erinnerungspolitik, sondern auch damit verbundene Veränderungen in der geschichtspolitischen Nutzung des öffentlichen Raumes. Der Wechsel von Peripherie und Zentrum widerspiegelt geschichtspolitische Konfliktlinien um die Besetzung politischer und historisch-authentischer Orte, neue Formen von Erinnerungszeichen brachten eine Diffusion in spezifische Bezirke und Nachbarschaften und eine Rückkehr der Erinnerung in jenen Alltag, in dem die Verfolgung insbesondere der jüdischen Bevölkerung geschehen ist. Das mapping ist aber nicht nur für die wissenschaftliche Analyse wertvoll, es kann aber auch ein Instrument sein, Stadtgeschichte und Erinnerungskultur einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Weiternutzung & Karte der Erinnerung

Im Rahmen eines universitären und wissenschaftlichen Forschungsprojektes sind Erhebung und Analyse in erster Linie an die wissenschaftliche Community gerichtet. Gleichzeitig ist es dem Projektteam ein großes Anliegen, der Stadt Wien und ihren BewohnerInnen, den Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie den vielen Vereinen, Verbänden und Initiativen, welche die Erfassung und Erforschung teils erst möglich gemacht haben, diese Ergebnisse auch in Form einer digitalen Karte der Erinnerung zurückzugeben. Erste und naheliegendste Adresse für ein solches Vermittlungsprojekt ist die Kulturabteilung der Stadt Wien, wo entsprechendes Interesse prinzipiell bekundet wurde. Es gilt zu hoffen, dass am Ende eine Datenbank und eine Karte der Erinnerung steht, welche allen zur Verfügung steht und die Wiener Erinnerungskultur und -politik in seiner ganzen Breite und allen Details zeigt: Von den monumentalen Holzdenkmälern der Roten Armee unmittelbar nach der Befreiung bis hin zu kleinteiligen Erinnerungstafeln vor Wohnhäusern, von den bekannteren und den unbekannteren Erinnerungszeichen für ehemalige WienerInnen, ob vertrieben, ermordet oder bis zuletzt kämpfend. ■

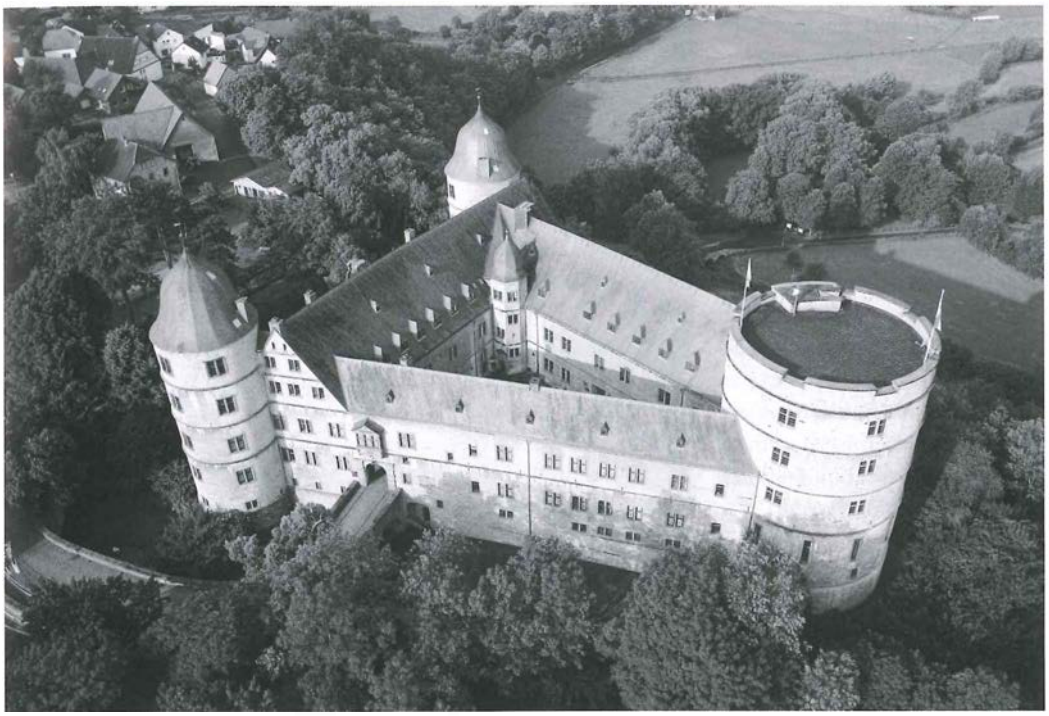
Webtipp:
Informationen zum Projekt unter der Adresse
http://porem.univie.ac.at/
oder durch Zuschrift an
mathias.lichtenwagner@univie.ac.at.

Iris Ranzinger / KÖR GmbH

Eines der jüngsten Untersuchungsgegenstände war das Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz am Ballhausplatz, das im Oktober 2014 der Öffentlichkeit übergeben wurde

Gedenkstätte Wewelsburg

Die Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg 1933-1945 südlich von Paderborn informiert umfassend über die Geschichte der Schutzstaffel (SS) der NSDAP und des KZ Niederhagen. Die sehenswerte Dauerausstellung im ehemaligen SS-Wachgebäude am Burgvorplatz trägt den Titel „Ideologie und Terror der SS". Gerald Netzl hat sich die Ausstellung für den „sozialdemokratischen Kämpfer" angesehen.



Kreismuseum Wewelsburg

Die Wewelsburg sollte der SS als zentrale SS-Versammlungs- und Ideologiestätte dienen. Am Burgvorplatz befindet sich nun eine sehenswerte Dauerausstellung

Die Gliederung der modernen, im April 2010 eröffneten Ausstellung passt sich der Architektur in den Untergeschossen des ehemaligen Wachgebäudes an. Eingangs wird das Treffen der obersten SS-Führer im Juni 1941, unmittelbar vor dem Überfall auf die Sowjetunion thematisiert. Laut einer Aussage beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess hat der Reichsführer-SS Heinrich Himmler dort den Zweck des Russlandfeldzuges mit der „Dezimierung der slawischen Rasse um dreißig Millionen" angegeben. Für Himmler sollte die Wewelsburg der zentrale Versammlungsort der SS sein, um sich ihres Selbstverständnisses als „rassische Elite" zu vergewissern. Die Ausstellung zeigt zahlreiche Lebensläufe von SS-Angehörigen. Entgegen der verbreiteten Annahme großer Homogenität im „schwarzen Orden" zeigt sie dessen Heterogenität. Weiters werden Geschichte und Gliederung der Schutzstaffel in die Allgemeine SS, SS-Verfügungstruppe/Waffen-SS, SS-Totenkopfverbände und Polizei erklärt. Die Ausstellung arbeitet sehr gut die unheimlich breiten wirtschaftlichen Aktivitäten der SS-eigenen Unternehmen heraus, die wesentlich auf der Ausbeutung der Arbeitskraft der KZ-ZwangsarbeiterInnen basierte.

Die schwarze Sonne

Als bauliche Überreste der NS-Architektur sind heute zwei Räume im Nordturm der Wewelsburg erhalten geblieben, die auch Teil des Ausstellungsrundgangs sind: Die „Gruft" und der „Obergruppenführersaal". Ein aus der Nazi-Zeit stammendes Bodenornament in Letzterem, die „schwarze Sonne" (dieser Begriff wird hauptsächlich von rechtsextremistischen uns esoterischen Kreisen verwendet), ist seit den 1990er Jahren in rechten Kreisen auf der ganzen Welt zu einem Erkennungszeichen der Szene stilisiert worden. In Wirklichkeit unspektakulär…

KZ Niederhagen

Um die historische Burg sollte eine gigantische Burganlage in Wewelsburg entstehen, das „Reichshaus der SS-Gruppenführer". Umgesetzt werden sollten diese Pläne von Häftlingen des extra dafür eingerichteten Konzentrationslagers Niederhagen in Wewelsburg. Dieses war ab September 1941 ein eigenständiges Hauptlager. Über 3.900 Häftlinge des KZ Niederhagen-Wewelsburg wurden eingesetzt, von denen mindestens 1.285 vor Ort umkamen. Das KZ war aber auch Exekutionsort der Gestapo. Mindestens 56 Menschen wurden auf dem Lagergelände oder einem unweit im Wald gelegenen Schießstand der SS ermordet. Nach der Niederlage von Stalingrad 1943 wurde ein Baustopp verfügt und das Lager bis auf ein 42 Mann starkes Restkommando, das dem KZ Buchenwald unterstellt war, aufgelöst. 1945 befreiten amerikanische Soldaten das KZ-Restkommando, nachdem die SS die Wewelsburg zum Teil gesprengt hatte. Seit 2. April 2000 erinnert ein Mahnmal in Form eines Häftlingswinkels an das Lager. Eine kleine, die Lagerentwicklung prägende Häftlingsgruppe waren die Mitglieder der 1881 gegründeten „Ernsten Bibelforscher" (seit 1931 auch „Zeugen Jehovas" genannt).

Mit 464 Seiten ist der reich bebilderte Katalog zur Ausstellung quantitativ wie qualitativ sehr gut gelungen und wird unbedingt zum Kauf empfohlen! Die Wewelsburg wurde übrigens vor der Übernahme durch die SS und nach ihrem Wiederaufbau nach Kriegsende teilweise als Jugendherberge und auch als Museum verwendet. Wer die Ausstellung genauer studiert kann gut einen halben oder ganzen Tag dort verbringen, eine Übernachtung in der Jugendherberge bietet sich an ■

Webtipp:
Einen guten Überblick bietet auch der Internet-Auftritt www.wewelsburg.de

NACHLESE:
„Ungebrochener Wille" (früherer Titel: „Nein statt ja und amen"). Der einfache oberösterreichische Bauernknecht und „Zeuge Jehovas" Leopold Engleitner brachte den außergewöhnlichen Mut auf, seinem Gewissen zu folgen und den Dienst in Hitlers Armee zu verweigern. Dem Buch gelingt es sehr gut, die Denkweise der „Zeugen Jehovas" darzustellen und es beschreibt das KZ Niederhagen.

Der Eichmann-Prozess

Im Jahre 1961 fand vom 11. April bis 15. Dezember in Jerusalem der Prozess gegen Adolf Eichmann, einem Hauptverantwortlichen für die Planung und Durchführung des Völkermordes an den Juden, statt. Ein Artikel von Claus Michl-Atzmüller.

Adolf Eichmann wurde 1906 in Solingen als Sohn eines Buchhalters geboren und zog als Achtjähriger mit seinen Eltern nach Linz, wo die Deutschnationalen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges regierten. Er wuchs im Klima eines radikalen Antisemitismus auf. Im Jahre 1932 traf er im Linzer Märzenkeller während einer NSDAP-Wahlveranstaltung auf seinen Bekannten Ernst Kaltenbrunner und war am Ende des Abends Parteimitglied. Wenige Monate später trat er auch der SS bei.

Nach dem „Anschluss" 1938 kehrte Eichmann nach Österreich zurück und baute in Wien die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" auf. Nach der Gründung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) im Jahre 1939 erhielt Eichmann den Posten als Leiter des „Umsiedlungsreferats". Ab Anfang 1941 trug das „Judenreferat" im RSHA die Bezeichnung IV B4. Eichmanns Büro gab in den Jahren 1942 und 1943 sämtliche Anordnungen über Zeit, Ort der Abreise und Anzahl der zur Deportation in die Vernichtungslager bestimmten Juden. Wenngleich er an den Verbrechen im Osten nie direkt beteiligt und obwohl Eichmanns SS-Rang als Obersturmbannführer vergleichsweise niedrig war, galt das nicht für seine Befugnisse: Eichmann war der für den Transport der Juden in die (in Polen errichteten) Vernichtungslager zuständige Beamte. In allen von den Nationalsozialisten besetzten Ländern hatte Eichmann Vertreter. Eine Ausnahme bildete Ungarn. 1944 leitete er selbst in Budapest die Deportation von mehr als 400.000 jüdischen Männern, Frauen und Kindern nach Auschwitz.

Eichmann gelang 1945 – wie vielen anderen NS-Tätern mit Hilfe der katholischen Kirche – die Flucht nach Argentinien, wo er dank intensiver Recherchen, insbesondere von Simon Wiesenthal, aufgespürt und durch eine Mossad-Operation am 22. Mai 1960 nach Israel entführt - es bestand kein Auslieferungsabkommen zwischen Israel und Argentinien – wurde (am Folgetag: Haftbefehl gegen Eichmann).

In den monatelangen Vorbereitungen auf den Prozess richtete die israelische Polizei eine Spezialeinheit, das „Polizei-Büro 06", ein, die beauftragt war, relevante Dokumente zusammenzustellen, Zeugen auszuwählen und auf ihre Aussage vorzubereiten. Ausgewählt wurden 1600 Dokumente, die meisten trugen die Unterschrift Eichmanns, ferner eine Liste von 108 Überlebenden des Holocaust und weiteren Experten, Historikern und Forschern, die als Zeugen aussagen sollten.

Im Februar 1961 erhob Generalstaatsanwalt Gideon Hausner Anklage gegen Eichmann und reichte diese beim zuständigen Bezirksgericht (Strafsache 40/61) ein. Die Anklage umfasste fünfzehn Anklagepunkte, die sich in vier Kategorien unterteilen lassen: Verbrechen gegen das jüdische Volk; Verbrechen gegen die Menschlichkeit; Kriegsverbrechen; Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation.

[Rechtsgrundlage war das von Israel im Jahre 1950 erlassene „Nazis and Nazi Collaborators (Punishment) Law, das sich am Londoner Statut von 1945 orientierte, auf dessen Grundlage der internationale Militärgerichtshof in Nürnberg eingerichtet und durchgeführt wurde sowie die „Criminal Code Ordinance (CCO)" von 1936.]

Nach Abweisung prozesshindernder Einwendungen wurde die erste Sitzung des Prozesses am 11. April im „Breit Ha´am" abgehalten. Eichmann, vertreten durch den deutschen Rechtsanwalt Robert Servatius, bekannte sich in allen Anklagepunkten unschuldig. Die Verteidigung verfolgte die Strategie, die Verantwortung Eichmanns für die Verbrechen des Naziregimes herunterzuspielen. Er sei ein „kleines Rädchen im Getriebe" gewesen, ein „Schreibtischtäter", der nicht Teil der Führungsriege war. Die Anklage versuchte nachzuweisen, dass der Angeklagte trotz seines niedrigen Dienstgrades eine einflussreiche Persönlichkeit war. So verwiesen die Richter auf den Umstand, dass Eichmann absolut entschlossen war, die Deportation der ungarischen Juden Ende 1944 um jeden Preis fortzusetzen, obwohl das Dritte Reich bereits am Rande des Zusammenbruchs stand und die Rote Armee schon sehr nahe war.

Der Prozess endete am 15. Dezember mit der Verlesung des Urteilsspruchs durch das Gericht (Vorsitz: Moshe Landau): Tod durch den Strang. Die von der Verteidigung eingelegte Berufung blieb erfolglos: Am 29.05.1962 bestätigte das Berufungsgericht das Urteil im vollen Umfang. Auch ein Gnadengesuch lehnte der Staatspräsident Itzhak Ben Zvi ab. In der Nacht vom 31.05 auf den 01.06.1962 wurde das Todesurteil vollstreckt.

Der Prozess – übertragen im Radio und Fernsehen – sorgte international für Aufsehen. Sechzehn Jahre nach dem Ende des Holocaust lenkte er die Aufmerksamkeit auf das Leid und Qualen des jüdischen Volkes. Erstmals konfrontierte sich eine weltweite Öffentlichkeit mit den jüdischen Opfern und Zeugen des Holocaust und ihren traumatischen Erfahrungen, wodurch sich ein kollektives Bewusstsein herausbildete. Vor allem setzte auch ein Wandel in der Haltung der israelischen Jugendlichen ein, für die der Holocaust bislang eine fernliegende und abstrakte Angelegenheit war.

Das Medienecho trug dazu bei, dass in Deutschland und Österreich die Aktivitäten zur Aufklärung von NS-Verbrechen intensiviert wurden. Die Zahl der Anklagen in Deutschland stieg und im österreichischen Innenministerium wurde eine eigene Abteilung zur Ausforschung von NS-Verbrechern gebildet. Der Auschwitzprozess in Frankfurt am Main 1963 kann als Folge des Eichmannprozesses angesehen werden.

Zu einer Kontroverse trug auch die Philosophin und Publizistin Hannah Arendt bei, die den Prozess als Pressekorrespondentin (Zeitschrift: The New Yorker) vor Ort verfolgte und ihre Beobachtungen in dem Buch „Eichmann in Jerusalem" veröffentlichte. Arendt löste mit ihrer Charakterisierung der Verbrechen Eichmanns als „Banalität des Bösen" eine heftige und polarisierende Diskussion aus. Mit ihrer Begriffsprägung wollte Arendt auf das Phänomen aufmerksam machen, dass „das Böse" Bestandteil einer unauffälligen Normalität sein kann: Ein Massenmörder konnte zugleich auch ordentlicher Beamter und liebender Vater sein. ■

In den Krallen des Kondors

Camila Garfias, Internationale Sekretärin des VSStÖ, widmet sich im folgenden Beitrag der Operación Cóndor in Lateinamerika.

wikipedia/Pepe Robles

Gedenkmarsch in Buenos Aires mit Fotos von Verschwundenen zum Anlass des dreißigsten Jahrestages des argentinischen Militärputsches 1976

Im Dezember 1989 fand man in den sogenannten „Terror-Archiven" im Justizpalast in Asunción in Paraguay erstmals Dokumente, die eine koordinierte Verfolgung von RegimegegnerInnen während den 1970ern und 1980ern in Chile, Argentinien, Paraguay, Uruguay, Brasilien und Bolivien bestätigten. Eine zentrale Rolle im Plan Cóndor nahm die chilenische Diktatur unter der Führung Augusto Pinochet Ugartes ein. Dieser hatte am 11. September per Militärputsch die Macht vom demokratisch gewählten Sozialisten Salvador Guillermo Allende Gossens an sich gerissen.

Auf Vorschlag des damaligen chilenischen Geheimstabchefs Manuel Contreras bei einer Sitzung des „ConoSur" im November/Dezember 1975 wurde die „Operación Cóndor" ins Leben gerufen mit dem Ziel Informationen über Linke, SozialistInnen, KommunistInnen und MarxistInnen zu sammeln, auszutauschen und ein Vorgehen gegen sogenannte „subversive und terroristische Elemente" zu initiieren. Das Resultat dieses koordinierten Terrors waren rund 50.000 Tote, 30.000 Verschwundene und 400.000 Gefangene.

Die Rolle der USA

Die Rolle der USA ist zwar bis heute nicht vollständig aufgeklärt, doch muss davon ausgegangen werden, dass sie die Operación Cóndor zumindest gebilligt haben. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass die USA die Diktaturen Lateinamerikas und die von ihnen durchgeführte Operación nicht nur finanziell unterstützt hat, sondern, dass auch die US-amerikanischen CIA im Rahmen von Ausbildung von Geheimdienstmitarbeitern beteiligt war.
Eine zentrale Rolle spielte dabei das militärische Ausbildungszentrum „Escuela de las Américas" in Panama. Dort wurden Offiziere des Militärregimes durch Veteranen des Algerienkriegs in der sogenannten „französischen Doktrin" geschult. Es stellt ein umfassendes Instrumentarium zur Unterdrückung von Oppositionellen dar, dazu gehören unter anderem die systematische Folter und Ermordung.

Im Zuge des Kalten Krieges und der durch US-Sicherheitsberater (1969–1973) und Außenminister (1973–1977) Henry Kissinger vertretenen Dominotheorie, die kommunistische Revolutionen in den lateinamerikanischen Ländern fürchtete, scheint diese Politik aus Sicht der USA konsequent - es galt Aufstände und oppositionelle Bewegungen im Keim zu ersticken.

Gerechtigkeit?

Nach dem Übergang zur Demokratie wurde die Strafverfolgung dieser Verbrechen in vielen Ländern durch generelle Amnestiegesetze für die Täter jahrelang verhindert. Diese wurden in den letzten Jahren jedoch in mehreren Ländern rückwirkend aufgehoben, so dass zahlreiche ehemalige Diktatoren und Folterer mittlerweile bestraft wurden oder noch vor Gericht stehen - wie in so vielen Fällen dauert die Aufarbeitung der Geschehnisse seine Zeit.

Dank den Archiven des Terrors konnten Gerichtsverfahren gegen mehrere Beteiligte in die Wege geleitet werden. In einem historischen Prozess gegen Reynaldo Bignone, einem der letzten Juntachefs der argentinischen Diktatur, und Ex-Militär Manuel Cordero Piacentini aus Uruguay wurden in Argentinien zu 20 und 25 Jahren verurteilt. Erstmals wurde ein Beteiligter der Diktatur in Uruguay durch ein argentinisches Gericht verurteilt. Viele Angehörige hoffen nun, dass es auch in den übrigen Ländern zu Prozessen gegen die Beteiligten der Menschenrechtsverletzungen kommen wird. Doch die Zeit läuft den Angehörigen und Verantwortlichen davon, viele der zu Verfolgenden sind während ihrer Prozesse verstorben, ohne jemals für ihre Taten zur Verantwortung gezogen worden zu sein.

Papa, wieso trägst du so viele Waffen?

Während die gesellschaftliche Aufarbeitung der Diktaturen nur schleppend in Gang kommt, hat ein bestimmter Aspekt der Regime in den letzten Monaten für große Furore gesorgt: die „abuelas de la Plaza de Mayo" haben begonnen, einige ihrer Enkel zu finden. Die Organisation wehrhafter Großmütter, deren schwangere Töchter vom argentinischen Regime verschleppt und gefoltert wurden, die sich in die zahllosen Reihen der „Desaparecid@s", den Verschwundenen, zu finden sind, sucht seit Jahrzehnten nach den Enkeln, die sie nie sahen. Doch jetzt sind einige davon aufgetaucht, in ranghohen Militärsfamilien als deren Kinder großgezogen. Gerüchte besagen, dass die katholische Kirche die Vermittlerrolle übernahm. Dass Priester bei der Folter Schwangerer und der Entführung Neugeborener beteiligt sind, trifft das gläubige, kinderliebende Lateinamerika genau ins Herz. Vielleicht tut es so sehr weh, dass man beginnt die Wunde an der Wurzel zu bearbeiten. ■

„Denn unser Sieg bereit die ganze Welt“

TEIL 3: Im Zuge unserer vierteiligen Serie setzen wir anlässlich des 80. Jahrestages des Ausbruchs des Spanischen BürgerInnenkrieges einen Schwerpunkt. Im dritten Teil befasst sich Marcus Strohmeier mit ÖsterreicherInnen im Kampf um die Spanische Republik.

Ad„Bis heute werden wir von offizieller Seite nicht geehrt“, sagte ernüchternd einer der wohl berühmtesten Antifaschisten Österreichs 2011 bei einem Interview. Tatsächlich hatte das offizielle Österreich für viele Jahre weder für den zitierten Hans Landauer noch für die anderen KämpferInnen ein Wort des Dankes für deren mutigen Einsatz im Spanischen Bürgerkrieg über. Eigentlich hätte unsere Republik mehr als stolz darauf sein können, denn mit rund 1.400 Freiwilligen stellte Österreich eines der mit Abstand größten Kontingente auf Seiten des demokratischen Spaniens.

DÖW / Spanienarchiv

In der Nähe von Batea, März/April 1938, Angehörige des 12.-Februar-Bataillons. Von links nach rechts, 1. Reihe: unbekannter Spanier, Georg Ferk; 2. Reihe: Alfons Bernlochner, Franz Chladek, Hans Stadler, Hans Landauer, Unbekannter; stehend: Hans Bily

Verschieden waren die Wege der Männer und Frauen nach Spanien, unterschiedlich auch deren Schicksale. Geeint hatte sie aber alle der Wunsch, aktiv gegen den Faschismus aufzutreten. Viele der späteren SpanienkämpferInnen befanden sich bereits seit Beginn der Diktatur nach dem Februar 1934 im aktiven Widerstand gegen den Austrofaschismus. Als 1936 mit Spanien ein weiteres Land in die Hände der Faschisten zu fallen drohte, wurde die Verteidigung der Demokratie zu einer weltweiten Aufgabe. Es entstand eine breite, globale Solidaritätsbewegung mit der Spanischen Republik. Auch in Österreich reagierte der antifaschistische Widerstand sofort. Nicht nur wurde in den Betrieben unter großer Gefahr Geld für Spanien gesammelt, sondern vereinzelt begannen auch junge Menschen wie etwa der Sozialist Josef Schneeweiß auf eigene Faust nach Madrid aufzubrechen.

Wege nach Spanien

Die erste Welle von ÖsterreicherInnen konnte noch nicht auf die Dienste der später entstandenen illegalen Transportorganisationen zurückgreifen. Sie mussten sich unter hohen Risken ihren Weg nach Spanien selbst suchen. Neben Sozialisten und Kommunisten waren es auch Anarchisten oder, wie im Falle von Katja und Kurt Landau radikale Marxisten (die später Opfer der stalinistischen Verfolgung wurden), die sich den meist spontan entstandenen Milizen anschlossen.

Erst mit Gründung der Internationalen Brigaden im Spätherbst 1936 wurde nicht nur der republikanische Militärapparat einheitlicher gestaltet, sondern auch die Anreisen für potentielle Kämpfer wurden von nun an im großen Maßstab organisiert. Während antifaschistische Unterstützer aus demokratischen Ländern weniger Probleme bei der Fahrt nach Spanien hatten, war der Weg für die Österreicher, trotz der Transportorganisation, ein noch immer großes Wagnis. Auch verfolgte der Ständestaat rigoros potentielle Spanienkämpfer bereits im Heimatland und sorgte für eine rasche Ausbürgerung, eine Maßnahme, die auch für die wenigen österreichischen Freiwilligen in Frankos Truppen galt. Jene Österreicher, die in den Interbrigaden kämpften, wurden vor allem in der XI. Internationalen Brigade eingesetzt. Von den dort Dienst leistenden fast 1.000 Ausländern waren Ende November 1937 226 aus Österreich. Innerhalb der erwähnten Brigade war man sehr stolz darauf im Bataillon „12. Februar 1934“ dienen zu dürfen. Mit dem aus Wien-Liesing stammenden Karl Bauer erhielt diese durch ihre Tapferkeit bekannt gewordene Einheit 1937 auch erstmals einen österreichischen Kommandanten.

Kampf bis zum bitteren Ende

Mit dem tragischen Schicksal des republikanischen Spaniens verbunden war auch das Ende der internationalen Brigaden im Herbst 1938. Nach deren Auflösung begann ein Teil der Österreicher individuell in andere Staaten zu flüchten, während eine andere Gruppe in das nun vom nationalsozialistischen Deutschland einverleibte Österreich zurückkehrte, dort aber meist der Gestapo in die Hände fiel. Hunderte anderer ehemaliger österreichischer Interbrigadisten standen der spanischen Republik bis zu ihrem endgültigen Untergang als treue Kämpfer zur Seite.

Nicht unerwähnt bleiben sollen dabei auch die Österreicherinnen, die ebenso wie die Männer, oftmals bis zu den letzten Kriegstagen ihren Dienst meist als Krankenschwestern, tapfer erfüllten. Mit dem Ende der Republik wurden die meisten von ihnen, Männer wie auch Frauen, zu Flüchtlingen die im Süden Frankreichs interniert wurden. Die vermeintliche Sicherheit endete jedoch sehr bald, als die Hitlertruppen 1940 das Land eroberten, geriet das Gros der Spanienkämpferinnen und –kämpfer ebenso in die Fänge der Gestapo.

Tragische Schicksale

Für eine große Zahl jener AntifaschistInnen hieß dies nun, dass sie aus Frankreich direkt in eines der zahlreichen Konzentrationslager überstellt wurden. Andere konnten in die Heimat zurückkehren waren aber ab diesem Zeitpunk unter ständiger Bewachung durch die Gestapo. Waren die Österreicher überproportional in den internationalen Brigaden vertreten, so muss auch bedauernswerter Weise angemerkt werden, dass die 459 in KZ inhaftierten Österreicher die prozentuell größte Gruppe der ehemaligen Interbrigadisten war. Davon wurden 84 von den Nazis umgebracht. Einer der überlebte war der schon erwähnte Hans Landauer, dem es zu verdanken ist, dass im Rahmen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes die weltweit größte nationale Sammlung zum Spanischen Bürgerkrieg aufgebaut wurde. Ihm gelang es auch zu fast allen 1.400 KämpferInnen Unterlagen zu finden. In dem von Erich Hackl und ihm verfassten Buch mit Kurzbiographien findet man Informationen zu über 1.380 österreichischen Spanienfreiwilligen. Neben den 84 von den Nazis in den KZ ermordeten waren es rund 240 österreichische Kämpfer die in Spanien ihr Leben ließen. Sie haben dort nicht nur für Spaniens Freiheit gekämpft, sondern auch für das antifaschistische und demokratische Nachkriegsösterreich..

Moskauer Schauprozess

Der Name Josef Stalin steht heute für Massenterror und Millionen Tote. Untrennbar verbunden sind mit seinem Namen die Schauprozesse, ein Merkmal undemokratischer Regierungsformen, so auch der Sowjetunion der 1930er Jahre.

Vom 19. bis 24. August 1936 verhandelte das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR gegen 16 Angeklagte des so genannten „Antisowjetischen vereinigten trotzkistisch-sinowjewschen Zentrums", es sollte das erste von drei großen Tribunalen (und einem Militärprozess) sein. Die Mehrzahl der Angeklagten wie Grigori Sinowjew, Lew Kamenew, Grigori Jewdokimow und andere waren bekannte Parteifunktionäre, die in den innerparteilichen Auseinandersetzungen zu den führenden Kräften der trotzkistischen und sinowjewschen Opposition gegen Stalin gehört hatten. Dafür wurden sie schon vor 1936 aus der KP ausgeschlossen, ins Gefängnis geworfen oder in die Verbannung geschickt.

In den Tagen, als die Franco-Truppen das heldenhafte Madrid berannten, wurden die Sechzehn der antisowjetischen Spionage-, Diversions- und terroristischen Tätigkeit, der Beteiligung an der Ermordung Sergej Kirows am 1. Dezember 1934 und der Vorbereitung von Attentaten gegen die Führer von Partei und Regierung angeklagt. Dazu wurde ein dichtes Netz von protokollierten Zeugenaussagen und Selbstbezichtigungen gesponnen, aber keine Beweise erbracht. Die Angeklagten wurden zur Höchststrafe verurteilt und am 25. August 1936 erschossen. Mit der Erschießung Sinowjews und Kamenews hatte sich Stalin endgültig zweier Partner eines früheren Machttriumvirats entledigt, nachdem er sie bereits durch wiederholte Reueerklärungen und Selbstbezichtigungen menschlich demoralisiert und politisch degradiert hatte.

Bereits im Jänner und Februar 1935 wurden durch die Organe des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) allein in Leningrad 843 ehemalige Sinowjew-Leute verhaftet. Während der Ermittlungen gegen diese Verhafteten stellten Stalin und Jeschow die Version von einer engen Verbindung der Sinowjew-Leute mit Trotzkisten her. Nachdem Jeschow dem NKWD-Chef Jagoda bereits in der Anfangsphase des Großen Terrors assistiert hatte, machte ihn Stalin am 30. September 1936 zu dessen Nachfolger. In der Bevölkerung wurde seine Einsetzung positiv als Ende des Terrors unter dem unbeliebten Jagoda interpretiert. Jeschow begann jedoch gemäß den Erwartungen Stalins mit der praktischen Umsetzung seiner ein Jahr zuvor Stalin gegenüber geäußerten „Säuberungs"-Ideen („Tschistka" = Säuberung, „Jeschowtschina" = Jeschow-Herrschaft). Ab diesem Zeitpunkt entfaltete sich der Terror des NKWD in einer Brutalität, wie sie während der gesamten Geschichte der Sowjetunion einzigartig war. „NKWD-Troikas" als Pseudo-Gerichte fällten beliebige Urteile gegen echte und vermeintliche Oppositionelle. Plan-Solls zur Liquidierung und Verhaftung von „Staatsfeinden" wurden festgesetzt, die mit fortschreitender Dauer der Verfolgungen immer weiter erhöht wurden. Die regionalen und lokalen NKWD-Kräfte fürchteten, bei Nichterfüllung der Sollzahlen selbst der Verschwörung verdächtigt zu werden, und trieben durch die Übererfüllung der Forderungen die Anzahl der festgenommenen Personen noch weiter in die Höhe. Die Zahl der Opfer der Repression in Jeschows Amtszeit ist umstritten. Sie schwankt zwischen 1.575.259 verhafteten und 681.692 ermordeten echten und vermeintlichen Oppositionellen bzw. 767.000 Personen, von denen 387.000 hingerichtet wurden. Im Großen Terror von 1936 bis 1938 erreichten die politischen „Säuberungen" ihren Höhepunkt: In dieser Zeit wurden jeden Tag etwa 1.000 Menschen ermordet. Von Juni 1937 an erfasste die „Säuberung" die Rote Armee und kostete etwa 36.000 Offiziere, ein Fünftel des Bestandes, das Leben – was sich beim Überfall der Wehrmacht am 22. Juni 1941 rächen sollte. Von 1930 bis 1953 waren in den Zwangsarbeitslagern des GULAG mindestens 18 Millionen Menschen inhaftiert.

wikimedia

Die Revolution frisst ihr Kinder: Grigori Sinowjew wurde 1936 hingerichtet. Stalins Terror fielen auch langjährige persönliche Weggefährten und Politbüro-Mitglieder zum Opfer

In seiner Geheimrede „Über den Personenkult und seine Folgen" auf dem XX. Parteitag der KPdSU erklärte Generalsekretär Nikita Chruschtschow am 25. Februar 1956, dass die Angeklagten zu Unrecht verfolgt wurden. Doch erst im Juni 1988 hat das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR die Urteile aufgehoben.

„Sonnenfinsternis", der bekannteste Roman von Arthur Koestler, handelt in der Zeit der Stalinschen Säuberungen in den 1930er Jahren. Der Autor thematisiert die Unterwerfung und Selbstverleugnung alter Revolutionäre, die Verbrechen gestanden, die sie nicht begangen hatten. Ebenfalls lesenswert ist „Im Verhör - ein Überlebender der stalinistischen Säuberungen berichtet" von Alexander Weißberg-Cybulski. Für uns Freiheitskämpfer/innen von besonderer Bedeutung ist das Sachbuch „…Ein Paragraf wird sich finden". Es informiert über die 750 Schutzbündler, die nach dem Februar 1934 in die SU flohen, von denen 185 Opfer der stalinistischen Repressionen wurden. Der Kommunismus war die einzige politische Bewegung, die mehr ihrer eigenen Führer, Funktionäre und Mitglieder umbrachte als durch politische Gegner ermordet wurden. ■

Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht

100 Jahre nach dem Attentat auf den Ministerpräsidenten Graf Stürgkh durch Friedrich Adler ist eine neue Ausgabe der Dokumentation des Gerichtsverfahrens erschienen. Claus Michl-Atzmüller hat das Werk gelesen und seine Eindrücke zusammengefasst.

Am 09. Juli 1879 erblickte Friedrich Adler in Wien das Licht der Welt. Als Sohn Viktor Adlers, dem Gründer und Einiger der österreichischen Sozialdemokratie, studierte er zunächst Physik und Chemie in Zürich. Trotz Bedenken seines Vaters, der für ihn eine akademische Karriere bevorzugte und zu wenig belastbar für die Politik hielt, widmete er sich schon in Zürich der Arbeiterbewegung. Friedrich Adler wurde 1911 von der Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs (SDAP) als einer von vier Sekretären ins Parteisekretariat berufen. Dort etablierte er sich als einer der Sprecher der Parteilinken.

Der Kriegsausbruch brachte den überzeugten Pazifisten und Internationalisten in einen sich laufend verschärfenden Gegensatz zum eigenen Land und insbesondere zur eigenen Partei. Als Redakteur des sozialdemokratischen Organs „Der Kampf" wandte er sich gegen die Kriegspolitik. Im August 1914 legte Friedrich Adler energischen Widerspruch gegen die Blattlinie der Arbeiterzeitung ein und seine Parteifunktionen vorübergehend zurück. Auslöser war ein Leitartikel des Chefredakteurs Friedrich Austerlitz, in dem dieser die Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten zu den Kriegsanleihen verherrlichte.

In einer Situation der Kriegsmüdigkeit und der Enttäuschung über die Parteilinie der österreichischen Sozialdemokratie entschloss sich Friedrich Adler ein Zeichen zu setzen. Am 21. Oktober 1916 betrat Adler das Hotel Meißl & Schadn auf der Wiener Kärntnerstraße, das Stammlokal des autoritär regierenden österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh und erschoss diesen.

Graf Stürgkh war zunächst nicht für das Attentat vorgesehen. Friedrich Adler dachte zunächst an einen Zensor oder den Justizminister Hochenburger. Stürgkh rückte mit der Zeit als Opfer auf, der für Friedrich Adler ein Mann war, der mit klarer Absicht Österreich in einen absolutistischen Staat verwandeln wollte. Friedrich Adler setzte mit dem Attentat auf Stürgkh ein Signal gegen die „Verrohung, die Auflösung von Moral und Solidarität sowie den Zerfall von Ethik und der Idee der Aufklärung im Verlauf des großen Krieges."

Von 18. bis 19. Mai 1917 fand die Verhandlung vor dem (Paragraph-14-) Gericht statt, in der Friedrich Adler seine psychische Unzurechnungsfähigkeit für die Tat vehement bestritt und mit dem Todesurteil rechnete. Das vorliegende Buch enthält diese Verhandlung vor dem Ausnahmegericht, die eigentlich vor dem zuständigen aber längst aufgehobenen Schwurgericht stattfinden sollte.

Friedrich Adler versuchte nicht das Todesurteil abzuwenden. Er nutzte vielmehr die Gelegenheit für eine heftige Abrechnung mit dem System Stürgkh sowie der allzu bellizistischen Haltung seiner Partei. Das Gericht verurteilte Adler wie erwartet zum Tode, er wurde jedoch zu 18 Jahren Kerker begnadigt. Am 1. November 1918 wurde Adler amnestiert.

Schon seit der Antike bestehen die Frage und die Diskussion, ob ein Tyrannenmord gerechtfertigt sei. Bereits Aristoteles und Platon haben von der Gewaltherrschaft gesagt, dass sie den Tyrannenmord herausfordere. Das Widerstandsrecht im klassischen Sinne ist also gegen den Unrechtsstaat, vor allem gegen die Tyrannis gerichtet. Aus dem Widerstandsrecht leitet sich die Frage ab, ob die Todesstrafe, die in Österreich und in der EU eigentlich ausgeschlossen ist, gegen einen Tyrannen gerechtfertigt werden kann.

Das deutsche Grundgesetz schließt den Tyrannenmord nicht aus und hat ein Widerstandsrecht explizit normiert. Das Widerstandsrecht muss aber mit dem angestrebten Ziel verhältnismäßig sein. Das Bestehen eines Widerstandsrechts ist unabhängig einer verfassungsrechtlichen Institutionalisierung auch in Österreich und in der Schweiz anerkannt. Doch besteht Uneinigkeit darüber, ob das Widerstandrecht eine rechtliche oder (lediglich) moralische Sanktion sein soll. Das Anerkenntnis eines Widerstandsrechtes in Deutschland und Österreich beruht vor allem auf den Erfahrungen des Nationalsozialismus.

Jedenfalls bestehen Stimmen, die die gezielte Tötung eines Tyrannen als Ultima Ratio ansehen: Eine gezielte Tötung müsse ethisch wie rechtlich erlaubt sein, eine Demokratie müsse sich wehren dürfen. Soll sich jede/r ihre/seine eigene Meinung dazu bilden. Die Diskussion wird wohl weitergehen.

Der Text folgt, auf Basis der Originalprotokolle im VGA, der Ausgabe von 1923, wird aber durch neu hinzugefügte Erläuterungen in den Fußnoten ergänzt. Die Verteidigungsrede Friedrich Adlers ist eines der bedeutendsten Dokumente in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Die Neuausgabe ist absolut lesens- und empfehlenswert!.

ProMedia

Friedrich Adler – Vor dem Ausnahmegericht. Das Attentat gegen den Ersten Weltkrieg, herausgegeben von Michaela Maier & Georg Spitaler, Promedia, 2016, ISBN: 978-3-85371-406-5, 248 Seiten, € 17,90

Trauer um Hermine Moser

Wir trauern um unsere langjährige Funktionärin, Regierungsrätin Hermine Moser, die am 29. August 2016 nach langer, schwerer Krankheit im 76. Lebensjahr verstorben ist. Hermine Moser war diplomierte Sozialarbeiterin und Fürsorgerin und als Beamtin im Gesundheitsbereich der Stadt Wien tätig. Zuletzt hat sie als Oberamtsrätin das Tuberkulosereferat der Stadt Wien geleitet. Von Jugend an hat sich Hermi Moser politisch engagiert. Der Dienst an den Menschen war ihr eine Herzensangelegenheit. Sie war legendäre Vorsitzende der Sektion 1 der SPÖ Hietzing, Frauenfunktionärin und zuletzt viele Jahre lang Bezirksfrauenvorsitzende. Über Jahrzehnte gehörte sie bis zuletzt dem Bezirksparteivorstand an, darunter viele Jahre als stellvertretende Bezirksparteivorsitzende. Hermi Moser war Bezirksrätin und von 1997 bis 2000 Bezirksvorsteher-Stellvertreterin des 13. Wiener Gemeindebezirks. Dabei hat sie sich Anerkennung und Wertschätzung weit über den Rahmen der Partei hinaus erworben. Hermine Moser war darüber hinaus im Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen aktiv und bis zuletzt engagiert. In Würdigung ihrer großen Verdienste wurde ihr vom Bundespräsidenten der Berufstitel „Regierungsrätin" und vom Land Wien das Goldene Verdienstzeichen verliehen. Die SPÖ hat ihr mit ihrer höchsten Auszeichnung, der Victor-Adler Plakette für ihr Lebenswerk gedankt. Ihr antifaschistischer Einsatz wurde mit der Otto-Bauer-Plakette gewürdigt.

SPÖ Wien

Trauer um Alfred Heinrich (1930-2016)

Mit Erschütterung haben wir vom Ableben unseres langjährigen Mitgliedes Bez. Rat. a.D. Alfred Heinrich erfahren. Genosse Heinrich war Träger des goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich. Heinrich absolvierte nach der Volksschule sechs Klassen eines humanistischen Gymnasiums. Danach erlernte er den Lehrberuf des Schriftsetzers und arbeitete viele Jahre als Korrektor, nach Einführung des Computersatzes war er als Arbeitsvorbereiter beim „Kurier" tätig. Er verfasste Glossen und Erzählungen für Tageszeitungen und Zeitschriften, Belangsendungen, Hörspiele, Gerichtssaalberichte sowie Filmkritiken. Heinrich arbeitete bei Drehbüchern, der satirischen Zeitschrift „Watzmann" und einem „Café Clerikal" mit. Daneben verfasste er auch Beiträge für die ORF-Sendung „Seinerzeit". Er war Gründer und Mitarbeiter des Kabaretts „Die Giftzwerge" (1964), sowie Gründer des Penzinger Kulturvereins im Wiener Volksbildungswerk (1977).

Im Jahr 1980 wurde Alfred Heinrich von Gerhard Bronner entdeckt, und war danach 28 Jahre als Hauptautor der Ö1-Kabarettsendung „Guglhupf" zeitweise unter dem Pseudonym „Penzinger" tätig. Über 20 Jahre lang war er auch als Verfasser einer zeitkritischen Kolumne in der Wochen-Zeitschrift „Die ganze Woche". Gemeinsam mit Genossen Ali Kohlbacher brachte er das Buch „Hitlers Weltbild mit Cartoons" heraus. Wir sprechen der Familie von Alfred Heinrich unser herzlichstes Beileid aus.

Trauer um Karl Duffek (1962-2016)

Der Tod von Karl Duffek nach kurzer schwerer Krankheit am 7. August 2016 hat weit über die Grenzen der Sozialdemokratie hinaus tiefe Betroffenheit ausgelöst. Der 1962 geborene Karl A. Duffek studierte Politik- und Sozialwissenschaft, Germanistik und Anglistik an den Universitäten Wien und Hagen und war Mitarbeiter des VSStÖ. Ab 1988 war Duffek wissenschaftlicher Mitarbeiter des Renner-Instituts und ab 1992 dessen stellvertretender Direktor, bevor er schließlich 1999 zum Direktor ernannt wurde. Als sozialdemokratischer Denker war Duffek unter anderem maßgeblich an der Entwicklung des Grundsatzprogramms der SPÖ von 1998 beteiligt. Von 1998 bis 2001 war er außerdem Bildungssekretär der Partei. Auch auf internationaler Ebene hat Karl A. Duffek viel geleistet. So war er bis zuletzt internationaler Sekretär der SPÖ und Vizepräsident des sozialdemokratischen, europäischen Think-Tanks FEPS („Foundation for European Progressive Studies"), dessen Mitglied das Karl-Renner-Institut ist. Karl Duffek war nicht nur in politischer Hinsicht ein Intellektueller im besten Sinne. Wer ihn kannte, weiß, welch profunder Kenner der Literatur, des Films und der Musik er war. „Gleichsam als Selbsterzieher und im Schnellverfahren hatte er sich ein stupendes Wissen über klassische und Neue Musik angeeignet und über die Jahre eine CD-Sammlung erworben, die zuletzt um die 20.000 Aufnahmen umfasste", schrieb etwa Duffeks langjähriger guter Freund und ehemaliger Schulkollege Klaus Nüchtern in seinem Nachruf für den „Falter". Duffeks Cineasmus galt Western und dem „alten Hollywood-Kino". Überheblichkeit war ihm fremd, er verstand es, seinem Gegenüber mit Respekt und mit erfrischendem Humor zu begegnen. Karl Duffek wird uns in jeder Hinsicht fehlen. Lebewohl, Charlie!

Walter Henisch

Van der Bellen wählen

Am 4. Dezember findet die verschobene Wahlwiederholung der Stichwahl zur Wahl des Bundespräsidenten statt. Es gilt, noch einmal zu mobilisieren, um einen Rechtsruck in der Hofburg zu verhindern.

Der Verfassungsgerichtshof hat entschieden, dass die Bundespräsidenten-Stichwahl zu wiederholen ist. Im Übrigen ist VfGH-Verfahren kein einziger Hinweis aufgetaucht, dass bei der Stichwahl Stimmen nicht richtig zugeordnet wurden. Im Gegenteil, es haben einige wenige Bezirkswahlleiter das Wahlgesetz nicht korrekt vollzogen. Denn ist das Erkenntnis des VfGH zu respektieren. Österreich steht damit am Beginn eines dritten Durchgangs des Bundespräsidentschaftswahlkampfes.

Es gibt viele Gründe, am 4. Dezember (wieder) Van der Bellen zu wählen. Weil er sich klar und unmissverständlich zu Menschenrechten und Demokratie bekennt. Weil er ein Mann des Ausgleichs ist und für sozialen Zusammenhalt statt Spaltung und Ausgrenzung steht. Weil er für Stabilität steht und für unverantwortliche partei- oder machtpolitische Abenteuer nicht zu haben ist. Und schließlich weil es gilt, einen Rechtsruck in der Hofburg zu verhindern.

Unser ehemaliger Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hat sich erst unlängst in seiner neu erschienen „Wortmeldung" für Prof. Van der Bellen ausgesprochen: „Ich werde den Enkelkindern später einmal erzählen, warum ich nach sorgfältiger Überlegung bei der Bundespräsidentenstichwahl am 22. Mai 2016 für Professor Alexander Van der Bellen gestimmt habe, den ich seit Langem kenne und zu dem ich Vertrauen habe."

Team Van der Bellen / Facebook

Van der Bellen will sich als Bundespräsident besonders um den sozialen Zusammenhalt bemühen und „unermüdlich dafür eintreten, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer weiter aufgeht"

Der Chefredakteur entschuldigt sich...

...bei allen Leserinnen und Lesern sowie bei den verlässlichen RedakteurInnen unserer Zeitung für die beträchtliche Verspätung der vorliegenden Ausgabe und bedankt sich für die Geduld. Beruflichen Herausforderungen war es geschuldet, dass der Produktionsprozess sich diesmal in die Länge zog. MO

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Christian Deutsch, Camila Garfias, Ali Kohlbacher, Andreas Kranebitter, Mathias Lichtenwagner, Claus Michl-Atzmüller, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer, Sophia Reisecker, Barbara Serloth, Marcus Strohmeier.
Grafische Gestaltung: Wien Work - Digital Media
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. Oktober 2016
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25. November 2016

Impressum:
Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.
Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer
Hersteller: Wien Work - Digital Media
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer" veröffentlichte Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.
Zlnr.: GZ 02Z033355M